

**Dr. Mathias Middelberg**

- (A) gungen wie Gier und Gewinnstreben am Kapitalmarkt einzuschränken. Das sind wichtige Beiträge, um im Vorfeld – vorbeugend – den Finanzmarkt zu regulieren. Da sind wir wesentlich weiter gekommen, als Sie das hier dargestellt haben.

Herr Kollege Wissing hat auf die übrigen Erfolge dieser Bundesregierung verwiesen, mit einer soliden und eben nicht schuldengetriebenen Wachstumspolitik dieses Land auf einen vernünftigen Kurs zu bringen. Sie sehen, dass die Zahl der **Arbeitslosen** von Monat zu Monat immer mehr sinkt. Sie wird unter die 3-Millionen-Grenze fallen. Das ist der entscheidende Beitrag. 100 000 Arbeitslose weniger in diesem Land entlasten unsere Sozialkassen um 1,8 Milliarden Euro. Wenn wir es schaffen, durch unsere solide Politik 500 000 Menschen mehr in diesem Jahr in Beschäftigung zu bekommen, dann haben wir alleine dadurch schon fast 10 Milliarden Euro Sparleistung erbracht. Das ist die Politik, für die diese Regierung steht. Dafür kann man eigentlich nur um Unterstützung bitten.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat die Kollegin Nicolette Kressl von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Nicolette Kressl (SPD):**

- (B) Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Regel lohnt es ja nicht, Reden von Herrn Wissing zu kommentieren.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Das ist aber weniger freundlich!)

Aber heute war das die entlarvendste Rede, die ich seit langem hier gehört habe. Ich will Ihnen das deutlich machen: Herr Wissing hat sich hier hingestellt – nachdem Bundesminister Schäuble gesagt hat, die Regierung sei mit dem festen Vorsatz nach Toronto gefahren, die **Finanztransaktionsteuer** durchzusetzen –

(Dr. Volker Wissing [FDP]: In der Tat!)

und gesagt, es würde hier niemanden interessieren, was ein sozialdemokratischer Ortsverein beschließt. Uns interessiert das übrigens. Aber bemerkenswert ist der Vergleich: Das hat kein sozialdemokratischer Ortsverein beschlossen, sondern das hat die Bundesregierung beschlossen, und Sie haben diesen Beschluss hier diskreditiert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie haben gesagt, das sei völlig unerheblich. Sie haben es als Erfolg beschrieben, dass sie in Toronto nicht beschlossen worden ist.

(Dr. Mathias Middelberg [CDU/CSU]: Da haben Sie aber nicht richtig zugehört! –

- Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Das haben Sie heute Nacht geträumt, oder was? – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Schwarz-gelbes Chaos!)

Herr Minister, ich will Sie fragen: Warum wundern Sie sich noch, dass wir hier konstatieren – und das hat Herr Duin vorhin auch getan –, dass die Bundesregierung ihre Durchsetzungskraft auf internationalen Konferenzen – sie war nicht plötzlich schlecht – Stück für Stück verloren hat, dass alle international nachlesen können, dass Sie mit einer Position zu den Konferenzen fahren, die national von den Sie tragenden Fraktionen gar nicht mitgetragen wird? Dann ist es doch logisch, dass da keine Durchsetzungskraft mehr da ist.

(Beifall bei der SPD – Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Das nennt Herr Wissing Handlungsfähigkeit! – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Chaos-Regierung, schwarz-gelbes Chaos!)

Ich will einen zweiten Punkt nennen und kann Ihnen, Herr Wissing, die Frage nicht ersparen: Welchen **Neuanfang** müssen wir machen? Ich glaube, es wäre an der Zeit, sich in Sachen Neuanfänge und Neustarts klar und deutlich zu äußern.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich eine dritte Bemerkung machen: Ich halte es für eine Unverschämtheit, hier nicht die Wahrheit zu sagen. Mit Minister Steinbrück wären wir 2011 in einen Haushalt ohne **Neuverschuldung** gegangen. Das ist völlig klar.

(Beifall bei der SPD)

Wir mussten uns wegen der konjunkturellen Lage stärker verschulden. Wir müssen da wieder zurück, darüber sind wir uns einig. Aber hier die Unwahrheit darzustellen, zeugt nicht von ernsthaftem Arbeiten, und darum geht es, nicht um Fairness. Diesen Grundregeln sollten Sie als Ausschussvorsitzender sich eigentlich auch unterwerfen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Dr. Volker Wissing [FDP]: Sie fordern doch heute immer noch Steuererhöhungen für die Mitte!)

Dann will ich Ihnen noch einen Punkt im Zusammenhang mit **Toronto** deutlich machen. Die Jahre 2008 und 2009 waren von großen Rettungspaketen geprägt. Das haben wir für die Menschen und ihre Arbeitsplätze gemacht, das will ich deutlich sagen, und nicht für die Banken. Dennoch ist es eine Tatsache, dass bisher ausschließlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler an den Kosten beteiligt werden. Deshalb wäre es auch so wichtig gewesen, aus Toronto ein weiteres Signal dafür zu bekommen, die Steuerzahler nicht alleinzulassen, sondern die Verursacher der Krise mitzubeteiligen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das muss man aber auch machen!)

Ich will Ihnen sagen: Die **Bankenabgabe**, die Sie hier immer wieder nennen, führt nicht dazu, dass sich die Verursacher auch nur mit einem einzigen Cent an den

Nicolette Kressl

- (A) Kosten der Krise beteiligen. Das ist ein Vorsorgetopf. – Ich habe interessiert gelesen, dass Sie auch noch darüber diskutieren, dass diese Ausgaben, anders als im Regierungsentwurf vorgesehen, womöglich bei der Steuer geltend gemacht werden können.

(Manfred Zöllmer [SPD]: Ja, so ist es!)

Dadurch wollen Sie die Steuerzahler noch einmal an den Kosten beteiligen. Das, was Sie hier machen, ist doch absurd.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Ein echter Witz!)

Es ist völlig klar: Für die Märkte müssen **Regeln** erlassen werden, durch die wir weitere Barrieren gegen die Spekulation auf Kosten anderer erhalten. – Ich persönlich und viele andere, wie ich glaube, sind bestürzt. Eigentlich konnten wir davon ausgehen, dass international ein **Zeitfenster** vereinbart wird, innerhalb dessen man diese Regeln vereinbaren kann, aber wir mussten feststellen: Dieses Zeitfenster schließt sich schneller, als wir uns das erhofft haben.

Damit komme ich zur Durchsetzungsfähigkeit zurück. Eine gewichtige deutsche Stimme wäre gut, um dieses Zeitfenster länger offen zu halten. Diese haben wir aber, wie gesagt, leider nicht mehr.

Wenn Sie es sich genau anschauen, dann sehen Sie: Der G-20-Gipfel in Toronto war für die Finanzmarktregulierung ein Rückschlag. Ich habe die Befürchtung, dass wir, wenn wir auf diesem Weg weitergehen, den Menschen nicht mehr erklären können, warum diejenigen, die in Regierungsverantwortung stehen, zwar immer sagen: „Wir müssen das tun“, hinterher aber nichts passiert.

(B)

(Zuruf von der CDU/CSU: Wer war denn Staatssekretärin, Frau Kressl?)

Schauen Sie sich einmal genau an, was in Toronto beschlossen worden ist. Es gab keine konkreten Festlegungen im Hinblick auf die Eigenkapitalregeln. Statt der bisherigen Umsetzungsfrist – bis Ende 2012 – wird eine reine Zielsetzung formuliert. Das ist keine Verstärkung der Regulierung, sondern eine Abschwächung der Regulierung.

Wir haben das vorhin besprochen: Hinsichtlich der Verbesserung des **außerbörslichen Handels** halten wir alle die Transparenz für außerordentlich wichtig. Bis 2012 sollten – das ist in Pittsburgh beschlossen worden – alle standardisierten Derivate über Börsen- oder Handelsplattformen gehandelt werden. Hierzu gab es in Toronto keinen Fortschritt und keinerlei konkrete Festlegung. Ich habe es schon erwähnt: In Toronto wurden keinerlei Beschlüsse über eine internationale Finanztransaktionsteuer oder über eine Bankenabgabe gefasst.

Ich will hier noch einmal auf die Einigkeit und Durchsetzungskraft zurückkommen. Sie haben hier über Monate hinweg nicht einmal genau gewusst, ob wir über eine Finanzaktivitätsteuer, eine Finanztransaktionsteuer oder eine Bankenabgabe als Vorsorge sprechen. Bei die-

ser Bankenabgabe können sich die Banken sicher sein, dass die Steuerzahler wieder ergänzend zahlen müssen, wenn das Gesammelte nicht ausreicht; dafür gibt es ja auch nette Formulierungen in dem Referentenentwurf. (C)

Wenn Sie sich dieses Hin und Her über Wochen hinweg anschauen, dann ist völlig klar: Wir werden international nicht durchsetzungsfähig, wenn Sie sich nicht endlich dazu entschließen, klare und überzeugende Linien zu entwickeln. – Ich sage Ihnen: Wenn wir erkennen könnten, dass Sie das auf den Weg bringen, und wenn die FDP nicht wieder alles relativieren würde, was der andere Teil der Regierungskoalition sagt, dann würden wir Sie unterstützen.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Fragen Sie doch einmal Herrn Steinbrück! Er hat doch seine Erfahrungen damit! Er kann es Ihnen erklären, Frau Kressl!)

Bei diesem Rumgeiere, das uns national und international schadet, können wir aber leider nicht mitmachen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Schwarz-gelbes Chaos – wie immer!)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat der Kollege Thilo Hoppe von Bündnis 90/Die Grünen.

**Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerne einen Aspekt ansprechen, der in der Debatte bisher zu kurz gekommen ist. Wenn man nämlich einen Perspektivwechsel vornimmt und auf die Ergebnisse der beiden Gipfel der G 8 und der G 20 aus Sicht der **Entwicklungsländer** schaut, dann kann man das nur mit der Schlagzeile der *taz* vom Montag zusammenfassen: „Krümel für die Welt“. (D)

Die Ankündigung der G-8-Staaten, im Kampf gegen **Kinder- und Müttersterblichkeit** etwas mehr als 5 Milliarden US-Dollar zur Verfügung zu stellen, klingt erst einmal gut, aber angesichts der 30 Milliarden US-Dollar, die nach Berechnungen der UNO notwendig wären, ist das doch ein sehr bescheidener Betrag. Ganz besonders bescheiden hat sich Deutschland gezeigt, das pro Jahr 80 Millionen Euro geben will. Das ist deutlich weniger als das, was die ganze Konferenz in Toronto gekostet hat.

Aber das, was noch schwerer wiegt als diese „Geiz-geil“-Mentalität, ist der Abschied von den Versprechungen von Gleneagles. Können Sie sich noch erinnern: großes Kino Gleneagles, Tony Blair, umrahmt von Bob Geldof und Bono, und das großartige Versprechen, 50 Milliarden Euro mehr bis 2010? – Versprochen, gebrochen!

Maximal zwei Drittel dieser Beträge, die versprochen wurden, feierlich zugesagt worden sind, sind überhaupt gezahlt worden. Nach Berechnungen von ONE, einer Entwicklungshilfeorganisation, hat Deutschland gerade

**Thilo Hoppe**

- (A) mal 25 Prozent seiner Versprechungen auch wirklich eingehalten und umgesetzt.

In Heiligendamm hat die Kanzlerin noch die anderen ermahnt, die Ärmsten der Armen nicht im Stich zu lassen und die Versprechungen einzuhalten. Jetzt braucht sie nur in den Spiegel zu schauen, um festzustellen, wer nicht Wort gehalten hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Wie gesagt, bisher hat man immer noch beteuert, das ist unsere Verpflichtung. Das ist jetzt im Schatten der anderen Krisen heimlich, still und leise aus den Dokumenten verschwunden.

Noch etwas fehlt in den Abschlusskommuniqués der beiden Gipfeltreffen. Es gab immer so eine Stereotype: Die WTO-Welthandelsrunde muss auch im Sinne der Entwicklungsländer zum Erfolg führen. Die fehlt diesmal völlig. Die Entwicklungsländer sind außen vor. Jetzt setzt man auf **bilaterale Freihandelsabkommen**. Bei diesen bilateralen Freihandelsabkommen werden die Schwächsten natürlich wieder unter die Räder kommen. Auch dort gibt es eine Rückkehr zum Egoismus.

G 8 und G 20 sind diesen Krisen nicht gewachsen, sie können diesen Krisen nicht wirklich begegnen. Das haben schon einige gesagt. Die Vereinten Nationen müssen stärker an Bedeutung gewinnen. In diesem Zusammenhang – das wird Sie vielleicht wundern – möchte ich einmal die Kanzlerin loben, nicht für ihr jetziges Auftreten, sondern für das, was sie vor zwei Jahren zur großen Überraschung in Davos gesagt hat. Da hat sie eine **UN-Charta für nachhaltiges Wirtschaften** gefordert und eine starke Rolle der Vereinten Nationen.

- (B)

(Zuruf von der SPD)

Da haben viele Zeitungen getitelt:

Merkel fordert eine „Wirtschafts-UN“.

Doch leider sind diesen großen Worten keine Taten gefolgt. Wir haben viele Anfragen gestellt. – Nichts, aber auch gar nichts.

(Garrelt Duin [SPD]: Kommt ja öfter vor!)

G 8 und G 20 sind gescheitert. Aber diese Ankündigung „Was nicht ist, kann ja noch werden“ bringt uns dazu, die Kanzlerin zu ermutigen, die Papiere, die Herr Weidmann damals geschrieben hat, endlich mit Leben zu erfüllen, ihnen endlich zum Durchbruch zu verhelfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

G 20 muss sich reformieren! G 20 ist in der Krise, und ein Herauskommen ist nur denkbar, wenn G 20 näher an die Vereinten Nationen heranrückt, wenn beide Reformprozesse zusammengeführt werden. Zeigen Sie uns, dass diese Äußerungen von Davos nicht nur ein Mediengag waren!

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN) (C)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat jetzt der Kollege Peter Aumer von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Peter Aumer (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Merkel setzt sich gegen Obama durch“,

(Lachen bei der SPD)

so titelte das *Handelsblatt* am vergangenen Montag über das Verhandlungsergebnis von Toronto. – Das Lachen der Opposition, denke ich, kommt an einigen Stellen zu Recht, aber insgesamt sollte man doch die Ergebnisse wahrnehmen, die erzielt worden sind. Ich denke, diese sind richtig und wertvoll.

Wesentliche Themenfelder standen im Mittelpunkt des Treffens der G-20-Länder.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Im *Handelsblatt* steht etwas anderes!)

– Ja, heute. Das war am Montag, kurz nach dem Gipfel. Ich denke, dass das doch das Entscheidende ist, oder?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Frage des Wachstums und des gleichzeitigen (D) Schuldenabbaus war ein wesentlicher – –

(Garrelt Duin [SPD]: Dieser *Handelsblatt*-Artikel hier ist auch von Montag!)

– Ja, dann schauen Sie bitte auf Seite eins. Da steht genau das, was ich Ihnen vorher zitiert habe.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das haben die in Niedersachsen noch nicht mitbekommen!)

Vor allem auf Drängen der Bundeskanzlerin wurde beschlossen, dass die **Haushaltsdefizite** der Industrieländer bis 2013 halbiert und ab 2016 abgebaut werden sollen. Dieser Beschluss hat gezeigt, dass sich Deutschland mit dem Wesenskern unserer deutschen Politik der nachhaltigen Haushaltsführung bei den wichtigsten Ländern dieser Erde durchgesetzt hat.

Die Kanzlerin hat vor kurzem gesagt, das, was unsere Zeit heute braucht, sind **„Solidarität und Solidität“**. Wir Deutschen und die Bundeskanzlerin haben unseren Beitrag dazu geleistet, dass Solidität der öffentlichen Finanzen weltweit einen wichtigen Stellenwert erfährt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Solidität bedeutet Nachhaltigkeit. Ziel unseres Handelns muss sein, der Verantwortung für die künftigen Generationen gerecht zu werden.

„Wachstumsfreundlicher Defizitabbau“ ist die Zusammenfassung des in diesem Punkt Erreichten. Wenn nun die Antragsteller diesen Weg der Solidität infrage